

Mitglied der



Unabhängige Wählergemeinschaft  
im Kreis Steinfurt



# Haushaltsrede der UWG-Fraktion für das Haushaltsjahr 2024

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kleine-Harmeyer,

sehr geehrter Herr Rutenmüller,

sehr geehrte Damen und Herren,

## **Haushalt 2024**

Der Haushalt 2024 wurde von der Verwaltung mit einem Fehlbetrag von knapp 600.000,- € eingebracht. Dieser Fehlbetrag reduziert sich nun, laut Sitzungsvorlage, auf knapp 380.000,- €. Wenn der Kämmerer, wie in den letzten Jahren, den Haushaltsentwurf „vorsichtig“ aufgestellt hat, besteht auch für 2024 die Hoffnung, dass am Ende des Jahres wieder mindestens die schwarze Null steht.

Was sich zunächst sehr positiv anhört hat aber auch eine Kehrseite. Aufgrund der vielen und hohen Investitionen (z.B. Feuerwehrhaus Halverde, Unterstellhalle Bauhof, Erweiterung Grundschule, Erschließung neuer Baugebiete und Gewerbegebiete, etc.) erhöhen sich die Verbindlichkeiten (Kredite) der Gemeinde auf einen Rekordstand von fast 8 Millionen Euro, bzw. rein rechnerisch auf über 1000 € pro Einwohner. Und da die mittelfristigen Planungen für die nächsten Haushaltsjahre jeweils einen deutlichen Fehlbetrag aufweisen, dürften die Rücklagen der Gemeinde in den kommenden Jahren deutlich schrumpfen.

Positiv anzumerken ist, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern keine Steuererhöhungen zumuten müssen. Im Jahr 2024 steht einer Rekordsumme an Aufwendungen eine Rekordsumme an Erträgen und Investitionen gegenüber, so dass der Haushaltsentwurf verglichen mit anderen Kommunen im Kreis positiv aussieht. Aber bereits im kommenden Jahr kann die Situation, unter anderem auch durch die Neuberechnung der Grundsteuer B, bereits wieder vollständig anders aussehen.

In diesem Jahr möchte ich mich in meiner Haushaltsrede auf einige Punkte beschränken, da sich in vielen Bereichen Wiederholungen aus dem vorherigen Jahr abbilden würden.

## 1. Die geplanten Investitionen

Im Bereich der Investitionen schieben wir seit Jahren eine große Anzahl von Projekten vor uns her. Teilweise war der Zeitraum so groß, dass der Kämmerer sich veranlasst sah, einige Projekte neu zu veranschlagen. Ich möchte hier nicht die gesamte Projektliste beackern, sondern kurz auf einige generelle Standpunkte der UWG- Fraktion hinweisen.

Wir stehen prinzipiell hinter allen Maßnahmen die aktuell geplant sind. Allerdings sind wir mit der Art und des Umfangs der Umsetzung einiger Projekte definitiv nicht einverstanden. Unsere Bedenken dahingehend haben wir auch bereits mehrfach kundgetan.

Stellvertretend möchte ich insbesondere die Gustav-Lampe-Straße nennen. Das ein Ausbau erfolgen muss, ist völlig unstrittig. Nur die Art und Weise findet nicht unsere Zustimmung. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir mit Steuergeldern unser Bürgerinnen und Bürger umgehen. Ein sinnvoller und vernünftiger Umgang mit diesen Mitteln sollte für uns alle selbstverständlich sein.

Wir verzichten bei dem beschlossenen Ausbau auf mögliche Fördergelder. Unser letzter Anlauf mit einem entsprechenden Antrag zum Haushalt wurde mit der Mehrheit von CDU und Grünen abgelehnt. Alle Ratsmitglieder, die dem beschlossenen Ausbau zugestimmt haben, müssen sich die Frage gefallen lassen, ob Sie auch so entschieden hätten, wenn es um Ihr eigenes Portemonnaie gegangen wäre und nicht der Steuerzahler die Zeche zu zahlen hätte. Für die Herstellung einer Fantasiestraße, die gegen einschlägige Planungsvorschriften verstößt, verzichten wir bei einer aktuellen Kostenschätzung von ca. 585.000,- € auf mögliche Fördergelder von ca. 300.000,- €. Haben wir so viel Geld zu verschenken? Erschwerend kommt hinzu, dass diese Maßnahme kreditfinanziert ist, sodass zu den fehlenden Fördergeldern noch Zinsen und Tilgung hinzuzurechnen sind.

## 2. Die Energiewende

Die weitere Ausweisung von Potentialflächen für Fotovoltaikanlagen und Windräder ist eine wichtige Entscheidung für die Entwicklung unserer Gemeinde. Mit dem Entwurf der Leitlinien ist aus unserer Sicht das Ende der Fahnenstange in Bezug auf die zusätzliche Fläche mehr als erreicht. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, warum wir damals die Windvorrangzonen ausgewiesen haben. Wir wollten den Ausbau steuern und als Kommune das Heft des Handelns in der Hand behalten. Mit dem neuen „Wind an Land Gesetz“ werden zwar neue Möglichkeiten geschaffen, aber wir müssen den Ausbau auf ein erträgliches Maß für Mensch und Landschaftsbild beschränken. Ausschließlich finanzielle Gründe oder Klientelinteressen dürfen dabei nicht im Vordergrund stehen. Gewinnmaximierung auf Seiten der Investoren, Grundstücksbesitzer und auch der Gemeinde über die zu erwartende Gewerbesteuer dürfen nicht zu einer völligen „Verspargelung“ der Landschaft führen. Diesen Spagat müssen wir hinkriegen.

### 3. Die K37n

Die neue Umgehungstraße ist ein wichtiger Meilenstein für die verkehrliche Entwicklung in Hopsten. Leider hören wir wenig bis gar nichts über einen Projektfortschritt. Seit Amtsantritt des Bürgermeisters hat sich offensichtlich nichts geändert, es heißt immer nur „man sei in Gesprächen“. Konkrete Aussagen Fehlanzeige. Die Verwaltung muss endlich „mehr Fahrt“ aufnehmen. An erster Stelle ist der Bürgermeister gefordert. Mit unserer uneingeschränkten Unterstützung kann die Verwaltung auf jeden Fall rechnen.

### 4. Die Barrierefreiheit im Ortskern

Nach der Fertigstellung der Rampe am Bürgerhaus Veerkamp ist dieses Thema vollständig eingeschlafen. Von einem barrierefreien Rundweg ganz zu schweigen. Selbst kleinste Reparaturen im Bereich der Brenninkmeyerstraße oder simple Bordsteinabsenkungen an exponierten Stellen sind nicht ausgeführt worden. Es darf die Frage erlaubt sein: Wann passiert hier endlich mal etwas?

### 5. Unterstützung der Hospize

Der Rat hat im Vorjahr einer Unterstützung der Hospize in Ibbenbüren, Emsdetten und Thuine zugestimmt. Leider gilt dieser Beschluss nur für 1 Jahr. Eine erneute Diskussion sollte im SSN im Laufe des Jahres 2023 erfolgen. Dies ist leider unterblieben. Wir werden daher zum nächsten SSN einen entsprechenden Antrag vorlegen, um diese Unterstützung für die folgenden 5 Jahre festzuschreiben. Auch wenn es grundsätzlich nicht Aufgabe der Politik ist die fehlende Unterstützung durch Kranken- und Pflegekassen zu ersetzen, halten wir es für sinnvoll die Hospize über eine freiwillige Leistung zu unterstützen.

Abschließend möchte sich die UWG-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit und Ihren Einsatz bedanken.

Unser Dank geht auch an alle ehrenamtlich tätigen Mitbürger, ohne die große Teile des Gemeindelebens nicht möglich wären.

Wir werden der Haushaltssatzung und dem Stellenplan für 2024 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Albert Üffing

